

Tag gg Armut: Soziale Schere zwischen Arm und Reich schadet der ganzen Gesellschaft

Armutskonferenz: Soziale Schere kommt uns allen teuer und schneidet viel zu vielen ihre Zukunft ab.

(17.10.2012). „Geht die Schere zwischen arm und reich noch mehr auf, heißt das mehr Krankheiten und geringere Lebenserwartung, mehr Teenager-Schwangerschaften, mehr Status-Stress, weniger Vertrauen, mehr Schulabbrecher, vollere Gefängnisse, mehr Gewalt und mehr soziale Ghettos“, weist die Armutskonferenz am heutigen UN-Tag gegen Armut darauf hin, dass „die soziale Schere für viel zu viele Menschen Zukunft abschneidet“ Die soziale Schere zwischen Arm und Reich schadet der ganzen Gesellschaft. Dazu gibt es Bücherregale voll empirischer Belege. Auch der Internationale Währungsfonds, die Weltbank oder die OECD weisen auf den Preis sozialer Polarisierung hin: „Zunehmende Ungleichheit schwächt die Wirtschaftskraft eines Landes, sie gefährdet den sozialen Zusammenhalt und schafft politische Instabilität – aber sie ist nicht unausweichlich“ (OECD)

Zwt: Arm

In Österreich sind 511.000 Menschen von manifester Armut betroffen. Das heißt für sie: zu wenig für gutes Essen zu haben, nicht in der Lage zu sein, die Wohnung angemessen warm zu halten, Freunde nicht nach Hause zum Essen einladen können, öfter krank zu sein und früher zu sterben. Armutsgrenzen sind meist unsichtbar. Aber sie sind da. Wir machen sie sichtbar. Für 724.000 Menschen in Österreich ist gutes Essen nicht leistbar. Das betrifft 138.000 Kinder und Jugendliche. 313.000 können ihre Wohnung nicht angemessen warm halten. Davon sind 84.000 Kinder. 456.000 Menschen leben in zu engen und überbelegten Wohnungen. Davon sind 199.000 Kinder. 224.000 können sich einen notwendigen Arztbesuch nicht leisten. Das betrifft 58.000 Kinder.

Zwt: Reich

Auf der anderen Seite zeigt sich zum einen die zunehmende Ungleichheit innerhalb der Arbeitseinkommen und es zeigt sich zum anderen, dass Vermögenseinkommen rascher wachsen als Arbeitseinkommen. Bei Reichtum ist vorrangig nicht Einkommen das Thema, sondern Vermögen (Aktien, Immobilien, Unternehmensbeteiligungen).

- Vermögen sind in Österreich äußerst ungleich verteilt. Die Österreichische Nationalbank spricht von „ausgeprägter Vermögensungleichheit“. Die obersten 10% besitzen mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens. Bei einem gesamten Nettovermögen von einer Billion Euro fallen auf die reichsten 10% der Haushalte mindestens 50%, also rund 500 Mrd Euro. Damit halten die reichsten 10% mindestens so viel Nettovermögen wie die restlichen 90%.
- Das ärmste Haushaltszehntel hingegen hat ein Nettovermögen von maximal 977 Euro. 7% weisen ein „negatives“ Vermögen aus, sind also überschuldet.

- Der Ginikoeffizient der Nettovermögen beträgt 0,76, der von Erbschaften ist noch höher, nämlich 0,94. Erben ist einer der wichtigsten Vermögensquellen.
- Der Ginikoeffizient zur Ungleichheit der Vermögensverteilung zeigt wie stark die Vermögenskonzentration ganz oben ist. Die Nationalbank weist darauf hin, dass Besitzer hoher Geldvermögen nur eingeschränkt erfasst werden. Die tatsächliche Ungleichverteilung ist demnach noch viel größer.

Zwt: Die soziale Schere kommt uns allen teuer und verursacht Kosten

„Die soziale Schere kommt uns allen teuer und verursacht Kosten“, rechnet die Armutskonferenz vor. Mehr chronische Krankheiten, mehr Schulabbrecher, mehr Gefängnisinsassen, mehr Gewalt, mehr soziale Probleme verursachen volkswirtschaftliche Kosten anderswo. Mehr Armut und soziale Ungleichheit ist teuer und schadet (fast) allen. Eine höhere Schulabbrecher-Quote beispielsweise verursacht durch steigende Sozialausgaben, höhere Gesundheitskosten und entgangene Steuereinnahmen Kosten: 3 Milliarden Euro bei 10.000 Drop-Outs in Österreich.

Zwt: Soziale Investitionen zahlen sich aus: Bildung, Pflege, Wohnen

„Und wir können viel tun,“ so die Botschaft der Armutskonferenz. „Armut ist kein Naturereignis, das es mit jeder frischen Statistik neu zu bestaunen gilt. Es gibt genügend Instrumente und Möglichkeiten im Vollzug der Mindestsicherung, in der Schule, beim Wohnen und mit sozialen Dienstleistungen gegenzusteuern. „Grundsätzlich helfen Einkommensarmen Investitionen in Dienstleistungen, die sie im Alltag unterstützen: von der Kinderbetreuung, der Frühförderung, Beratungsangebote für Menschen in sozialen Notlagen, oder auch Wohnangebote für Jugendliche, die es im Leben schwerer haben, Schuldenberatung bis hin zu Pflegehilfen. Hier entstehen Win-win-Situationen zwischen Einkommen, Arbeitsplätzen, Frühförderung von Kindern und Pflegeentlastung Angehöriger. Auch ein Bildungssystem, das den sozialen Aufstieg fördert und nicht sozial selektiert, wirkt. Auf die neuen sozialen Risiken wie prekäre Jobs oder psychischen Erkrankungen muss angemessen sozialpolitisch reagiert werden. Und nicht zuletzt helfen Jobs, von denen man leben kann“, so die Armutskonferenz.

"Es muss europaweit richtig investiert werden und von den Profiteuren der letzten Jahre, den obersten 10 Prozent, ein entscheidender Beitrag zu den Krisenkosten einverlangt werden", fasst die Armutskonferenz zusammen. Das heißt: "In die Zukunft investieren mit Bildung, Forschung, Kinderbetreuung und Pflege, Konjunktur nicht abwürgen, Jobs schaffen, Budget konsolidieren, Schwächen des Sozialstaats korrigieren, seine Stärken optimieren. Wer sozialer Polarisierung mit all ihren negativen Folgen für die ganze Gesellschaft gegensteuern will, muss nicht nur für die Stabilisierung des Finanz- und

Bankensektors eintreten, sondern auch für die Stabilisierung des sozialen Ausgleichs.", so die Armutskonferenz abschließend.

Zwt.: Österr. Armutskonferenz am 23./24.10 - Gebrauchen, Zusammenarbeiten, Teilen, Beitragen

In diesem Zusammenhang steht auch Programm und Inhalt der kommenden 9. Österr. Armutskonferenz (23./24.10) in Salzburg vorgestellt: "Using", "Cooperating", "Sharing", "Contributing". All diese Prinzipien knüpfen an die Forschungen der Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom an, die die Bedeutung von Gemeingütern (Commons) für eine faire und gerechte Gesellschaft herausgearbeitet hat. Was bedeuten diese Erkenntnisse für die soziale Arbeit, für die Ausgestaltung sozialer Dienste, für staatliche Angebote, für Finanzdienstleistungen, das Internet, politische Mitbestimmung, für Gemeinden und den öffentlichen Raum?

Rückfragen:

Die Armutskonferenz.

Unsere Mitgliedsorganisationen betreuen und unterstützen über 500.000 Hilfesuchende im Jahr.

www.armutskonferenz.at

01/ 402 69 44 (Koordinationsbüro) und 0664/ 544 55 54 (Martin Schenk)